



Beschluss

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen

TOP I. 1. Leistungsfähigkeit der Justiz sichern

Berichterstattung: Baden-Württemberg, Bayern, Berlin,
Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen,
Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen,
Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz,
Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt,
Schleswig-Holstein, Thüringen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister nehmen den Bericht der Länderarbeitsgruppe „Neues Haushaltswesen“ zur Evaluierung der Erhöhung der Gerichtsgebühren durch das 2. Kostenrechtsmodernisierungsgesetz vom 23. Juli 2013 (2. KostRMOG) sowie den Vorschlagskatalog der Bundesrechtsanwaltskammer und des Deutschen Anwaltvereins für eine Anpassung der seit dem 2. KostRMOG unveränderten Gebühren und Auslagen zur Kenntnis.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister sind sich einig, dass die dauerhafte Sicherung einer leistungsstarken Justiz im gemeinsamen Interesse von Bund, Ländern, Rechtsdienstleistern und Rechtssuchenden liegt. Die Sicherung der Leistungsstärke setzt eine angemessene Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte genauso voraus wie eine angemessene personelle und sächliche Ausstattung der Justiz.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister beauftragen die Länder Hamburg, Hessen und Schleswig-Holstein, Gespräche mit der organisierten Anwaltschaft zu führen.
4. Darüber hinaus bitten sie die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, bei den anstehenden Beratungen über die Kostengesetze die Landesjustizverwaltungen frühzeitig zu beteiligen und unter Berücksichtigung der Ergebnisse der



Schleswig-Holstein 2019
90. Konferenz der
Justizministerinnen
und Justizminister

Länderarbeitsgruppe „Neues Haushaltswesen“ auch dazu beizutragen, dass ein angemessener Kostendeckungsgrad der Justiz erreicht wird.

Baden-Württemberg
Bayern
Berlin
Brandenburg
Bremen
Hamburg
Hessen
Mecklenburg-Vorpommern
Niedersachsen
Nordrhein-Westfalen
Rheinland-Pfalz
Saarland
Sachsen
Sachsen-Anhalt
Schleswig-Holstein
Thüringen